Happy Birthday zum Sechzigsten – Rückschläge durch Reformen (2)

Zahnärzte stemmen sich gegen Vollkasko-Politik

Es ist ein runder Geburtstag, den der Freie Verband Deutscher Zahnärzte in diesem Jahr feiert: Vor sechzig Jahren wurde die Notgemeinschaft Deutscher Zahnärzte gegründet, aus der kurze Zeit später der FVDZ hervorging. Der DFZ wirft einen Blick in die Geschichte. Diesmal: von den vermeintlich „goldenen 70er-Jahren“ bis zur Wiedervereinigung.

Es sind die Jahre der sozialliberalen Regierung Ende der 1960er und 1970er Jahre, die viele Zahnärzte nutzen, um ihrer wirtschaftlichen Situation auf die Sprünge zu helfen. Etwa ein Drittel aller Zahnärzte ist damals im Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) organisiert. Es ist die Zeit der Vollkasko-Ab-sicherung der Deutschen, in einem Gesundheitssystem, das aus vollen Kassen schöpfend alles möglich macht, was machbar erscheint. Dazu gehören auch die sogenannten Prothetik-Verträge, mit denen Zahnersatz und kieferorthopädische Maßnahmen vollständig in den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgenommen werden.

Schlag ins Kontor: Die Prothetik-Verträge

Viele Zahnärzte denken bei den Prothetik-Verträgen jedoch nur kurzfristig an den eigenen Profit und übersehen die langfristigen Folgen. Sie nehmen die Möglichkeit zur umfangreichen prothetischen Versorgung als Krönung der Zahnheilkunde allzu wörtlich. Die mahnenden Stimmen aus dem FVDZ, der eine Kostenexplosion prognostiziert und vor erneuten Einschränkungen für die Zahnärzte warnt, verhallen während dieses „Prothetikbooms“ ungehört. In dieser Zeit der Konsolidierung des Wohlfahrtsstaates und des fast staatlich verordneten Konsumrausches ist es nahezu unmöglich, sich mit Prophylaxe,

Früherkennung Zahnerhaltung, und Selbstverantwortung Gehör zu verschaffen.

Die auch in der heutigen Zeit noch modern anmutenden Grundsätze des Freien Verbandes, der mit Weitsicht seine warnende Stimme gegen den „Krankenkassenstaat“ erhebt, können nicht erfolgreich vermittelt werden. Bereits zwei Jahre nach der Aufnahme des Zahnersatzes in den Leistungskatalog allerdings wird deutlich, dass sich die GKV in einer tiefen finanziellen Krise befindet. Statt einer Komplett-Sanierung wird am System herumgedoktert und an der Kostenschraube gedreht. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Leistungen für die Patienten und die Honorare der Zahnärzte sich nicht zum Guten wenden würden.

Kampf gegen Windmühlenflügel

Der FVDZ setzt zunächst große Hoffnungen auf eine Wende in der Gesundheitspolitik, als die neue CDU-geführte Regierung die sozialliberale Koalition ablöst. Doch diese Hoffnung auf eine grundlegende Systemreform erfüllt sich nicht: In den 80er Jahren jagt lediglich ein Kostendämpfungsgesetz das nächste. Die Regierung zeigt sich zurückhaltend, einen Ausstieg aus dem Sachleistungssystem tatsächlich anzuvisieren. Erwartet wird von den Zahnärzten offenbar, dass sie die gleiche Leistung für weniger Honorar erbringen. Geringere Qualitätsstandards nimmt die Politik dabei billigend in Kauf. Und in der Zahnärzteschaft baut sich langsam, aber sicher eine hochexplosive Stimmung auf. Sowohl Ständevertretung als auch der FVDZ sprechen von „Reformverweigerung der Politik und der Krankenkassen“. Der Schwarze Peter allerdings wird von der Politik den Zahnärzten zugeschoben, die als „Kostentreiber im Gesundheitswesen“ hingestellt werden. Der Ruf nach Kostenerstattung statt Sachleistung verhallt. Der Freie Verband wirbt für sein Konzept der „Vertrags- und Wahlleistungen“, um die Kosten des Gesundheitssystems im Rahmen zu halten.

In bis dahin ungekannter Einigkeit machen die Zahnärzte Front gegen die ungerechtfertigten Vorwürfe, lieber Zähne zu ziehen, anstatt sie zu erhalten. Es folgt 1986 ein Streiktag, an dem der FVDZ, die KZBV und der Bund Deutscher Zahnärzte gemeinsam zu Protestveranstaltungen aufgerufen haben. Ende der 80er Jahre zeichnen sich erste Erfolge des langen Atems ab. Zwar wird das Sachleistungssystem weiter zementiert und bürokratisiert, die Individualprophylaxe wird jedoch in den Leistungskatalog der GKV aufgenommen und Zahnersatz und Kieferorthopädie in die Kostenerstattung überführt.

Sabine Schmitt